

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: Delgrue Nr. 5

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herabräger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 208.

Mittwoch den 21. October.

1891.

* * * Max von Forckenbeck.

Wenige Tage nach dem Ehrentage Rudolf Virchow's ist es der freisinnigen Partei und der Stadt Berlin vergönnt, den 70. Geburtstag eines anderen der ihnen gemeinsamen und bedeutenden Männer zu feiern. Forckenbeck's Wiege stand in Weiskalen; er hat dann nacheinander in Schlesien, Ostpreußen, Westpreußen, wieder in Schlesien und zuletzt in der Reichshauptstadt gewirkt; er hat überall die guten Eigenschaften der betreffenden Landesheile auf sich einwirken lassen; aber die Echtheit seiner westfälischen Heimath, die Fähigkeit, Ueberzeugungstreue und Charakterfestigkeit haben ihm sein Lebenlang zur Stütze gereicht. In Forckenbeck's politischer Thätigkeit spiegelt sich, wie kaum in der eines anderen Lebens, die gesammte Geschichte des deutschen Liberalismus von den vierziger Jahren bis heute ab. Im Jahre 1847 zum jüngsten Richter am Stadtgericht zu Glogau ernannt, wurde er natürlich auch von der freiheitlichen Bewegung des Jahres 1848 ergriffen. Er wurde in diesem Jahre Vorgesetzter des demokratisch-constitutionellen Vereins zu Breslau und im folgenden Jahre, nachdem die preussische Nationalversammlung aufgelöst worden war, Vorgesetzter der liberalen Wahcommission für Niederschlesien. Dem Ministerium Manteuffel war der junge liberale Richter unbehagen; es versetzte ihn als Rechtsanwalt nach Mohrdrogen in Ostpreußen. Aber das hat den Absichten des reactionären Ministeriums seinen Werth gebracht. Forckenbeck wurde hier im Verein mit Leopold von Hohenzollern zum liberalen Hecht im ostpreussischen Kreisrecht. Im ostpreussischen Oberlande, in dem er wohnte, wurde er ein „Bauernkönig“, wie sein Landsmann Baldek in der westfälischen Heimath. In allen Nöthen und Anlegen wandten sich die Bauern an ihn, und im Jahre 1856 wurde er von ihnen als Vertreter des Wahlkreises Mohrdrogen-Br. Holland in das Abgeordnetenhaus gewählt. Hier trat er der liberalen Fraction Blinde bei. Aber bald erkannte er, Hohenzollern und einige entschieden liberale Gesinnungsgenossen, daß die Fraction Blinde zu weit in ihrer Nachgiebigkeit gegen die Regierung gehe und sie sonderbar sich von ihren bisherigen Genossen ab; weil sie meist im Nordosten gewählt waren, wurden sie spöttlich die Fraction „Jung-Klauen“ genannt. Aber die Fraction „Jung-Klauen“ kam zu Ehren, aus ihr entwickelte sich die große Fraction der Fortschrittspartei der Constitutionspartei, in der Forckenbeck eine hervorragende Stellung einnahm. Er war u. a. Berichterstatter der Budget- und Militärcommission des Abgeordnetenhauses, hatte also gerade in den Hauptfragen seiner Tage eine sehr einflußreiche und verantwortungsvolle Stellung. Er wollte nicht die Verschärfung des Militärcorrections, sondern dessen Ausdehnung. In seinen Amendements kam er den Militärorganisationsplänen der Regierung weit entgegen, gegen das Zugständnis der alten liberalen Forderung der zweijährigen Dienstzeit. Man glaubte schon nicht vor der Verändingung zu sein, als der Ministerpräsident v. Bismarck, in dessen Interessen der Ausgleich nicht lag, König Wilhelm plötzlich gänzlich umzustimmen mußte. Der Conflict ging fort, nach jeder Auflösung kam die Fortschrittspartei mit verhärteter Majorität in das Abgeordnetenhaus. Bismarck fand dann in der schließlich holländischen Frage und im Kriege mit Oesterreich einen Ausweg. Nachdem letzterer von Herr v. Forckenbeck einer der Begründer der nationalliberalen Partei, um das im Werden begriffene neue deutsche Reichswesen mit den erforderlichen Institutionen in liberalen Sinne auszubauen zu helfen. Als er aber sah, daß die Summe der Umgestaltungen der Masse des Volkes zu viel wurde, und daß darauf die Reaction neue Pläne baute, erhob er seinen bekannten Warnungsrufer: „Zurück auf die Schanzen!“ Seine Besorgungen haben sich leider bewahrheitet. — Mittlerweile war Forckenbeck als Rechtsanwalt von Mohrdrogen nach Götting übergesiedelt und 1867 zum

Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt. Im Jahre 1879 wurde er als Nachfolger Hohenzollern's Oberbürgermeister von Breslau und dessen Vertreter im Herrenhause, als welcher er das Abgeordnetenmandat und dessen Präsidium niederlegen mußte. Im Jahre 1874 wurde er dann zum Präsidenten des Reichstages gewählt. Aber immer mehr war in dessen die Kraft der Reaction angewachsen und im Mai 1879 legte Forckenbeck, damals schon an der Spitze der Berliner Communalverwaltung, auch das Präsidium des Reichstages nieder, nachdem dieser sich für die Streikpolitik erklärt hatte. Am 30. August des folgenden Jahres erklärten Herr von Forckenbeck und seine entschiedenen liberalen Gesinnungsgenossen ihren Austritt aus der nationalliberalen Partei; sie waren mit Bismarck vorwärts gegangen, rückwärts wollten sie mit ihm nicht gehen. Und im Frühjahr 1884 vereinigte sich die damals existierende „Liberale Vereinigung“ mit der Fortschrittspartei zur „Deutschfreisinnigen Partei“. — Herr von Forckenbeck hat als Präsident unserer Parlamente neben seiner großen Begabung vor allem seine über jeden Zweifel erhabene Unparteilichkeit und als Oberbürgermeister von Breslau und Berlin sein großes Verwaltungstalent bewiesen. Seine Parteilosigkeit schaden an ihm vor allem seine liberale Ueberzeugungstreue und Charakterfestigkeit, in der Entschiedenheit der Gesinnung und Mäßigkeit in der Form sich paart. Wo Herr v. Forckenbeck Stellung genommen hat, da kann jeder aufrichtig liberale Mann überzeugt sein, seine liberalen und seine nationalen Prinzipien gut gewählt zu wissen und zugleich vor überhandnehmender Humilität zu wachen, wie vor charakterloser Verleugnung liberaler Prinzipien gesichert zu sein.

Politische Nebenakt.

Die böhmische Landes-Ausstellung in Prag ist am Sonntag unter Ausdehnungen für den Kaiser von Oesterreich geschlossen worden. Nach Schluß der Ausstellung fanden tschechische Excesse des Pöbels statt. Auf dem Ausstellungsplatze verlangten die Massen von der concurrenzenden Militärlapelle das Ausspielen nationaler Lieder; als dies der Kapellmeister verweigerte, wurde gewißes. Hierauf rückte die Kapelle ab, von Schützentruppen des Pöbels verfolgt. Der Pöbel ließ sodann seinen Muthwillen unter Beirathen von dem deutschen Theater und dem deutschen Handwerkerverein aus, in der Nähe des letzteren wurden die Scheiben einer Gaslaterne eingeworfen. Sechs Tumultuanten wurden verhaftet. — Das ungarische Unterhaus nahm das provisorische Budget als Grundlage für die Sprachabstimmung an.

Das Vordringen der Russen in Centralasien unter der Maske von Forschungs Expeditionen hat jetzt auch das Ministerium der Regierung erregt. Der neue Gouverneur des sibirischen Turkestan, welcher gegenwärtig nach seinem Posten unterwegs ist, hat daher die Anweisung erhalten, seine Zeit zu verlieren, um nach Sachkar zu gelangen. Inzwischen hat der sibirische Gesandte in Petersburg Instruktionen erhalten, von der russischen Regierung über die Anwesenheit der russischen Truppen in sibirischen Gebiete Aufklärung zu fordern.

Pariser Meldungen berichten von dem Jubel, mit dem der „großartige“ Erfolg der neuen Anleihe aufgenommen wurde. Sie soll 7 1/2 Mal gezeichnet sein. Das ist weniger als man erwartet hatte und erwarten durfte. Bei der Aufnahme französischer Anleihen weiß man Knallseffekte ganz anderer Art auszuführen. Der neuen Russenanleihe aber hatte die französische Presse sich angenommen, als ob es eine französische Anleihe wäre. Rußland und der Welt sollte der Werth der Freundschaft und der Freundschaft vor Augen geführt werden. Daher die Freundschaften der russischen Finanzen und es für die Creditfähigkeit des russischen Staates, als ob es für den kleinen Kapitalisten nicht Eiskeres gäbe als den Ankauf russischer Schuldverschreibungen. Da

nimmt sich ein Ergebnis, wie das jetzt gemeldet, nicht gar zu glänzend aus; denn unzweifelhaft ist es, daß nicht nur Herr Wilsingegrabst um des Erfolges willen Hunderte von Millionen hat zeichnen lassen, sondern daß auch die Emissionshäuser aus demselben Grunde Hunderte von Millionen gezeichnet haben, zu deren Uebernahme sie schwerlich bereit sein werden. Was an dem Brillantfeuerwerk echt ist, wird sich bald zeigen, wenn das mäßige Geschäft der „Kassirung“ der neuen Anleihe beginnt. Es wird zwar versichert, daß schon die kleinen Zeichnungen den geforderten Betrag weit übersteigen; aber damit stimmt es nicht zusammen, daß die neue Anleihe auch gestern wieder an der Pariser Börse erheblich unter dem Zeichnungscours gehandelt wurde. Es wird wohl seine Schwierigkeiten haben, für die neuen Schuldtitel ein festes und dauerndes Unterpfand in Frankreich zu finden.

Die Volksabstimmung in der Schweiz am Sonntag hat sich mit großer Mehrheit, entsprechend den Beschlüssen der Volksoberleitung, für die Einführung des Banknotenmonopols entschieden und auch mit anschließender Mehrheit den neuen erhöhten Zolltarifentwurf angenommen. Derselbe ist bekanntlich dazu bestimmt, als Grundlage zu dienen für die Handelsvertragsverhandlungen. Es wurde der Zolltarif mit 211 781 gegen 146 820 Stimmen angenommen, das Banknotenmonopol mit 213 264 gegen 128 320 Stimmen und mit 15 gegen 7 Stimmen der Gläubiger.

Den Gedanken einer französisch-spanischen Allianz weisen die spanischen Blätter in einer Polemik gegen den jüngsten Beschluß der französischen Regierung, den bisher auf die spanischen Weine angewandten Frachttarif nicht zu verlängern, mit anerkenntnisertheilender Deutlichkeit zurück. Sie erblicken in der Maßnahme Frankreichs lediglich ein diplomatisches Manöver, um auf Spanien behufs Einwilligung zu einem solchen Bündnis einzuwirken. Aber „Imparcial“ wie „Epoca“ sind der Meinung, daß dies Frankreich nicht gelingen werde und fordern in Uebereinstimmung mit den meisten anderen Blättern Protesten gegen den französischen Markt.

Zur italienisch-russischen Ministerzusammenkunft erhält die Wiener „Vol. Corr.“ eine Berliner offiziöse Zuschrift, welche gegen die Annahme Verwendung einlegt, als ob man in Berlin Grund und Veranlassung habe, irgendwelche Gefährdung des Dreieckes zu befürchten, und im Gegentheil betont, daß die Begegnung der beiden Minister hier vorher bekannt gewesen ist und ohne irgendwelchen gesehen worden, da sich der Marschese di Rudini zu jeder Zeit als ein treuer und zuverlässiger Freund der Dreieckspolitik bewiesen hat. Ja, man sei sogar der Begegnung in Mailand mit Freude und Genugthuung gefolgt, da ja schon an und für sich der direkte mündliche Gedankenaustausch zweier so hervorragender Staatsmänner stets im hohen Grade gerühmt erscheint, zu einer Klärung der Beziehungen zwischen den Staaten, deren auswärtige Politik sie leiten, beizutragen und etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen. In einer Polemik gegen die „Romio Bremja“ spricht der Brief weiterhin bezüglich der Nereengfrage die Wahrheitsliebe aus, daß, ebenso wie England, Italien und Frankreich, auch der deutsche Reichstag, wenn er sich zu Äußerungen veranlaßt findet, sich in dem Sinne äußern werde, daß man Akt davon nehme, daß die Pforte Rußland kein mit den Verträgen nicht in Einklang stehendes Privilegium gewährt habe, sondern daß etwaige Zugeständnisse als gleichmäßig allen Mächten gemacht angesehen werden. — Eine anscheinend offiziöse Note des „Temps“ giebt der Anschauung der französischen Regierungskreise dahin Ausdruck, daß die Kasse des Ministers v. Siers nach Italien ausschließlich aus Gefundheitsrückichten unternommen sei. Siers habe keinerlei offizielle Mission gehabt. Der Besuch in Monza sei nur ein Gebot der

Schicklichkeit gewesen. Rudini habe diese Gelegenheit wahrgenommen, um mit dem russischen Minister zu conferiren; aber die Unterredung habe durchaus nicht den offiziellen Charakter gehabt, der ihr durch gewisse Depeschen und Blätter beigelegt worden sei.

In England ist die Ernennung des Generalsecretärs für Irland, Balfour, zum ersten Lord des Schatzes und Leiter des Unterhauses nunmehr erfolgt.

Eine theilweise Entwaflnung der albanesischen Bevölkerung hat die türkische Regierung angeordnet, indem sie verfügt hat, daß der Bevölkerung in Albanien alle Waffen neuen Systems abgenommen und nur solche älteren Systems belassen werden sollen. Ohne ernstlichen Widerstand dürften sich die Bewohner Albanien's aber kaum diese Entwaflnung gefallen lassen.

In Chile sind die am Sonntag vorgenommenen allgemeinen Wahlen ohne Aufstöße verlaufen. Von den Kandidaten wird behauptet, daß sie die Mehrheit in der Kammer erhalten hätten, während im Senate die Liberalen das Übergewicht haben dürften. Das genaue Ergebnis der Wahlen wird erst in einigen Tagen bekannt sein.

Deutschland.

Berlin, 20. Oct. Der Kaiser erlebte am Sonntag Nachmittag Regierungs-Angelegenheiten. Während der frühen Morgenstunden unternahm der Kaiser einen längeren Spazierritt in die Umgegend von Potsdam. Nach dem Neuen Palais zurückgekehrt, nahm der Monarch Vorträge entgegen und stützte gegen Mittag den ebirpzigsten meiningenschen Herrschaften in deren Villa im Thiergarten bei Berlin einen Besuch ab. Gegen Abend kehrte der Kaiser nach dem Neuen Palais zurück. — Die Kaiserin Friedriche und die Prinzessin Margarethe sind gestern Nachmittag von Innsbruck nach Trient abgereist, um ein längerer Aufenthalt beabsichtigt ist.

— (Der Kaiser) hat, wie der „Reichsanzeiger“ mittheilt, an den Präsidenten der Physikalischn-technischen Reichsanstalt, Professor v. Helmholtz, nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Es gereicht mir zu großer Freude, Ihnen einen besonderen Beweis meiner aufrichtigen Verehrung und Bewunderung zu Theil werden zu lassen, indem ich Sie zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat Excellenz ernenne. Sie haben, Ihr ganzes Leben zum Wohle der Menschheit eingesetzt, eine reiche Anzahl von herrlichen Entdeckungen für deren Nutzen vollbracht. Ihr stets den reinsten und höchsten Idealen nachstrebender Geist ließ in seinem hohen Alter alles Getriebe von Politik und der damit verbundenen Parteilagen weit hinter sich zurück. Ich und mein Volk sind stolz darauf einen solch bedeutenden Mann unser nennen zu können. Ich habe den Geburtstag meines heiligsten und unvergesslichen Vaters zu dieser Anerkennung gewählt, wohl wissend, wie hoch er Sie schätzte und ein wie treu ergebener Freund und Unterthan Sie ihm waren. Möge Gott und Ihr theures Leben noch lange zum Wohle Deutschlands und der gesammten Welt erhalten. Ihr wohlaffectionirter König Wilhelm R.“

Hierauf hat Prof. Helmholtz eine Antwort erlassen, in welcher er seinen Dank für die Auszeichnung ausdrückt, welche er als nicht nur seiner Person, sondern der Wissenschaft im Allgemeinen verliehen ansehen dürfe. „Wenn es mir vergönnt war“, schließt das Dankschreiben, „etwas, soweit meine Kräfte reichen, zum großen Bau der Wissenschaft beizutragen, so geschähe dies, gefördert durch den hohen Schutz, den diese und ich mit ihr durch drei Generationen unseres hohen Herrscherhauses erfahren haben.“

— (Zu der Militärstrafprozessordnung) hat das Centrum in der bayerischen Abgeordneten-Kammer einen Initiativvortrag eingebracht, welcher den Prinzregenten bittet, die bayerischen Bundesrathesbeamten anzuweisen, nur einem Entwurf der Militärstrafprozessordnung mit wirksam gewährter Deffentlichkeit und Mündlichkeit zuzustimmen.

— (Ein Parteitag der thüringischen Nationalliberalen) hat am letzten Sonntag in Eisenach stattgefunden. Die Redner haben die Gegnerschaft gegen die deutsch-freisinnige Partei hervorgehoben und die Feindschaft der Nationalliberalen gegen die Sozialdemokraten und gegen die Antisemiten. Davon, daß die Nationalliberalen eine gegnerische Stellung auch gegen die Konservativen einzunehmen hätten, ist in den verschiedenen Reden, welche über den Verlauf des Parteitag's erschienen sind, wenig zu lesen.

— Für die Ehre des Finanzministers Bitter glaubt die „Post“ unter anderem Kraftausbrüden gegen die „Freis. Ztg.“ eintreten zu müssen. Dem gegenüber konstatirt das genannte Blatt noch-

mal, daß nach einem durchaus unpolitischen Bericht über den Prozeß Manché der Agent Louis Cohen als Zeuge unter Eid befragt hat, er habe wiederholt erfahren, daß Bitter Geld zur Verwendung für mildthätige Stiftungen aus Anlaß des Geschiedes von Titeln und Orden erhalten habe. Er entsinne sich eines Falles, in welchem Bitter ihm eine Summe von 20 000 Mk., welche er auf diese Weise erhalten, zur Bezahlung eines Bescheides überwiesen habe. Der Minister habe sich in Wächterzänden befunden und zur Auseinandersetzung mit den Wächtern seine, des Zeugen Hilfe benutz. — Das heißt doch einfach: Minister Bitter hat entweder nach oder während seiner Amtzeit Gelder, welche er zur Verwendung für mildthätige Stiftungen von Titeln und Ordensbedürftigen empfangen, zu seinem privaten Nutzen verwendet. Bitter hat also genau daselbe gethan, wozu dessen Manché zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist, d. h. er hat unterschlagen.

— (Rektor Alwardt) hat, wie die „Staatsbürgerzeitung“ erfährt, gegen den Gerichtspräsidenten Martius und den Staatsanwalt Hoppe wegen ihrer Behauptung, es sei konstatirt, daß Alwardt durch Meyer von dem Thomae'schen Geld 2000 Mk. erhalten habe, den einseitigen Beschwerdebeweg betreten.

— (Ein interessanter Prozeß.) In Gießen ist letzten Freitag der Redakteur der „Bürger Ztg.“ in Duisburg, Lieutenant a. D. Dohly, von der Anklage des wissenschaftlich oder fahrlässigen Meinendes freigesprochen worden. Dohly war von 1887 bis 1889 Privatsecretair des bekannten Landraths Martinus, damals in Schmelde. Als solcher erlangte er Einsicht in einen Brief des Parreß v. Martig in Sprockhovel vom 12. Mai 1887, in dem es hieß: „Daß die Führer der freisinnigen Partei R. und G. Lüdtorf, die einen großen Anhang in der Gemeinde haben, Geseß und Ordnung stören, durch ihren Verkehr in den Wirtschaften der Bollerlei Vortheil leisten und ein böses Beispiel geben, daß sie dem Trunke ergeben seien und zur Untergrabung der Religion beitragen.“ Dohly hat später Herrn Lüdtorf von diesem Briefe Mittheilung gemacht. Herr Martinus, jetzt Regierungsrath in Marienthal, machte im Widerspruch mit der beabichtigten Aussage des Parreß v. Martig zugeben, daß dieser ihm „ab und zu“ auch über Personalien gesprochen habe, behauptete, von dem angezogenen Briefe nichts zu wissen, gab aber die Möglichkeit der Erläuterung zu. Während Herr Martinus, der früher sein Zeugniß verweigert hatte, jetzt zur Vernehmung anwesend war, verweigerte er eine Aussage darüber, wie er in seinem Bericht an die Regierung von dem Herrn Lüdtorf als freisinnigen Führer habe sprechen hören, obgleich Herr v. Martig vor Gericht — im Gegensatz zu seinem Briefe — behauptet hatte, die Lüdtorf's seien nicht Führer der freisinnigen Partei. Die Geschworenen haben daraus wie es scheint, ihre Schlüsse gezogen. Der Prozeß wirkt auf die bekannte politische Thätigkeit des Landraths Martinus ein interessantes Licht.

— (Die deutsche Kriminalstatistik) von 1889 weist wieder eine Zunahme der wahren Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgeseße Bestrafen auf. Vergleichlich man die Zahl der verurtheilten Personen mit der Zahl der strafmündigen, d. h. über 12 Jahre alten nicht im Militärdienst befindlichen Einwohner, so ergibt sich, daß auf 100 000 Einwohner entfallen im Jahre 1882 1043, 1883 1036, 1884 1077, 1885 1060, 1886 1082, 1887 1084, 1888 1056 und 1889 1102 Verurtheilte. In den Vorjahren seit 1882 hat unaufgeklärt eine Abnahme der Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen stattgefunden, bezant, daß 1882 169 334, 1888 nur noch 152 652 Personen wegen bezantiger Delikte verurtheilt wurden. Jetzt ist die Zahl auf 165 621 hinaufgeschwollen. Ein Zusammenhang dieser Zunahme mit der Steigerung der Lebensmittelpreise ist unzulässig, 1882 wurden unter 100 000 Strafmündigen 535 wegen Verbrechen gegen das Vermögen verurtheilt; 1888 nur noch 460, 1889 aber 495. Bei den Delikten gegen die Personen hat nur eine geringe Steigerung stattgefunden. Auf 100 000 Strafmündigen kamen 1886 411 wegen Delikten gegen die Person Verurtheilte, 1887 419, 1888 405, 1889 416. Die Zahl von 1887 ist also noch nicht wieder erreicht; bei der hier besonders in Betracht kommenden Körperverletzung ist sie allerdings überschritten, indem 1886 232, 1887 238, 1888 230 und 1889 238 von 100 000 Strafmündigen wegen dieses Vergehens bestraft wurden. Die dritte Gattung der Verbrechen und Vergehen, die gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion gerichteten, zeigt nur eine geringe Zunahme. Es wurden hier 1882 62 348, 1888 61 806, 1889 62 817 Personen verurtheilt, also 189, 186 und 187 auf 100 000 Strafmündige. Die Delikte der vierten Gattung endlich, die Verbrechen und Vergehen im Amte sind auch nur unerheblich gestiegen. Es sind hier im Jahre 1882 1613, 1884 1698, 1886 1593, 1888 1538 und 1889 1567 Personen verurtheilt.

— (Colonialpolitik) Zur Lage in Deutsch-Ostafrika wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Sansibar gemeldet, Lieutenant Prince habe sich mit 30 schwarzen Soldaten der Schutztruppe ins Innere begibt zum Schutz der katholischen Mission bei Kondo und Lunungu. — Kondo ist bekanntlich diejenige Station, nach welcher die Reste der strengsinnigen Expedition Zalewski sich zurückgezogen hatten. Aus der obigen Notiz geht hervor, daß man vor der Wache noch immer nicht sicher ist. — Der „Schles. Ztg.“ wird, entgegen anderweitigen Behauptungen von einer Seite, welche gute Beziehungen zu colonialen Kreisen unterhält, gemeldet, daß Major v. Wisman nunmehr das seine bereits vollständig vorbereitete Expedition nach dem Victoria-See vorläufig aufgegeben habe. Der Wismanbomber werde also zunächst noch an der Küste bleiben.

Zur Lebensmitteltheuerung.

— Zu den Septembervorpreisen der Lebensmittel, wie sie sich aus den amtlichen Notierungen ergeben, stellen wir Folgendes zusammen: Die Roggenpreise haben seit mehreren Monaten eine Höhe erreicht, zu welcher sie in den entsprechenden Monaten der fünfzehn Vorjahre nie gestiegen waren. Der Zehrpreis 1891 war 212 Mk., der des Jahres 1881 als zweithöchster 204, der Augustpreis 1891 war 229 Mk., der des Jahres 1880 als zweithöchster 195 Mk., der Septembervorpreis 1891 wurde ermittelt mit 230 Mk., der des Jahres 1880 mit 198 Mk., die Differenz zwischen dem höchsten und dem zweithöchsten Septembervorpreis belief sich also auf 32 Mk. Der Septembervorpreis im Durchschnitt der 15 Jahre 1876-90 stellt sich auf 153 Mk., der diesjährige Septembervorpreis überschreitet diesen Durchschnitt um 77 Mark und würde daher, wenn kein Zoll erhoben wäre und man den ganzen Zollbetrag vom Preise abziehen wollte und konnte, noch 27 Mark höher sein, als der durchschnittliche Septembervorpreis der fünfzehn vorhergehenden Jahre. Der amtlich ermittelte Roggenpreis für September dieses Jahres war um 69 Mk. höher, als derjenige im September 1890, selbst nach einer Suspension der Zölle würden wir demnach immer noch wenigstens 19 Mk. mehr bezahlen müssen, als im September 1890 einschließlich des Zolles. — Die Weizenpreise haben zwar seit August einen Rückgang von durchschnittlich 9 Mk. erfahren, sind aber immer noch höher, als diejenigen der Septembermonate der 15 vorhergehenden Jahre, wenn auch die von 1881 mit 229 Mk. und von 1877 mit 226 Mk. sehr nahe heranreichen. Im September dieses Jahres sehen Weizen- und Roggenpreise einander ganz gleich, eine eigenartige Erscheinung, da sie sich in den Septembermonaten der vorhergehenden 15 Jahre nur einmal, 1888, bis auf 13 Mk. genähert hatten, sonst aber die Differenz meist erheblich größer gewesen ist. In Königsberg, Danzig, Breslau, Magdeburg, Halle, Kiel, Hannover, Cassel waren die Roggenpreise höher als die Weizenpreise, in Halle um 11, in Magdeburg um 12 und in Danzig sogar um 14 Mk. — Die Kartoffelpreise sind, nachdem sie von 89.3 Mk. im Juli auf 68.2 Mk. im August zurückgegangen waren, im September auf 69.7 Mk. gestiegen. Der Preis ist in keinem Septembermonate der 15 Vorjahre erreicht worden. Am nächsthöchsten, aber immer noch 10.2 Mk. billiger, waren die Kartoffelpreise im September 1879.

— Zur Hilfeleistung für die durch die Missernte betroffene und mit Hungernoth bedrohte Bevölkerung sind in Rußland nach einer Beschlusung des Ministercomites 183 Millionen Rubel nöthig.

— In Treuen in Sachsen haben die Stadtverordneten einstimmig den Beschluß gefaßt, die sächsische Staatsregierung zu ersuchen, beim Bundesrath die sofortige Suspension und spätere Aufhebung der Getreidezölle zu erwirken.

— Badveruche mit einem Mißgebrot hat nach der „Frankfurter Zeitung“ die Gefängnisverwaltung in Bremen gemacht. Der Erfolg war ein solcher, daß sich bereits die Privatbäckerei in ziemlich ausgedehntem Maße denselben zu Nutzen gemacht hat, da das große Publikum dem neuen Brode Geschmack abgewinnt. Die Mischung besteht aus $\frac{1}{2}$ Roggenmehl und $\frac{1}{2}$ Weizen, sie giebt ein kräftiges, wohlgeschmecktes, dem reinen Roggenbrot fast gleiches Gebäck, das verhältnismäßig lange frisch bleibt. Durchschnittlich stellt sich das Mißgebrot etwa $12\frac{1}{2}$ pSt. billiger als reines Roggenbrot. Murphy machte in dieser Beziehung in Berlin ein weitergehende Versprechungen. Ob sie sich erfüllen werden, darf doch etwas angezweifelt werden. Die Versuche hier haben ergeben, daß ein stärkerer Zusatz an Weizen als der oben genannte sich nicht empfiehlt, wenn man nicht, um nur eins anzuführen, den

Freiberg und Umgegend.

Am Sonntag Abend brach auf dem Dachboden des Bauers Arndt in Lössen bei Delitzsch Feuer aus. Auf dem Boden schliefen die beiden Knaben Arndts. Leider vermochte sich nur einer derselben noch rechtzeitig zu retten. Der andere sowie der Vater selbst, welcher sein Kind aus dem brennenden Hause retten wollte, fanden, wie man der S. Ztg. meldet, in den Flammen ihren Tod.

Der Wobser Max Büchel in Apolda, welcher sich dort als eifriges Mitglied der sozialdemokratischen Partei aufschrieb, hat laut Bekanntmachung der Thüringer Tribüne die Partei und Privatpersonen um namhafte Geldsummen betrogen und sich heimlich entfernt.

In Laufe der letzten Woche ist in Freiberg der Director einer Erziehungsanstalt, der früher Gelehrter war, seine Amtes entbunden worden, weil ihm ein Sittlichkeitsverbrechen im Sinne des § 173 des Strafgesetzbuches zur Last gelegt wird. Dem Richter hat sich derjenige Amtes entsetzt, „Greizeher“ zunächst durch die Flucht entzogen.

Der Plan der Anlage einer elektrischen Bahn von Blankenburg a. S. durch die herrliche Heidelberg-Waldung an Ammerode vorbei nach Thale ist jetzt seiner Verwirklichung näher getreten. Die elektrische Bahn wird im Sommer Personen und im Winter Steinmaterial u. d. befördern. — Die in Blankenburg eingerichtete elektrische Straßenbeleuchtung ist jetzt in Wirkung getreten.

Am 31. Oct. soll das dem erbrüchlichen Baare von Reuß j. L. kürzlich geborene Kind getauft werden. Der Kaiser hat eine Pathepatente angenommen, wird aber nicht persönlich erscheinen. Der König von Sachsen wird der Taufe in Person beiwohnen.

In Braunschweig beschloß, nach einem Berichte der „S. Ztg.“, eine große Volksversammlung, über die Kriegsgesetze, deren Befürworter die Mitglieder der Fachvereine maßregeln, die Kaufspitze zu verhängen.

In Braunschweig ist in den letzten Tagen der Unterleibs typhus ausgebrochen. Die Krankheit tritt zwar noch nicht epidemisch auf, doch hat sie immerhin schon eine Reihe von Familien ergriffen und verzehret tödtlich gewirkt. Behördlicherseits sind umfassende Vorkehrungen zur Verhütung des Uebels ergangen. Die Ärzte schreiben den Ausbruch der Krankheit dem überaus regenreichen Sommer zu, welcher einen ungewöhnlich hohen Grundwasserstand mit sich gebracht und durch diesen nach Verlauf der Wässer, einen Insectenstaud erzeugt hat.

Bei dem in Leipzig nunmehr abgeschlossenen Vergleichtsabkommen wegen der erbobenen Ansprüche in Folge Einführung des Schlagwanges in den neuangelegten Vororten konnte mit 10 Personen, welche 73 500 Ml. forderten, bei denen die Schätzung sich aber nur auf rund 25 000 Ml. belief, keine Einigung erzielt werden. Die königl. Kreisbauverwaltung setzte hierauf im Verwaltungswege die Entschädigung auf 28 860 Ml. fest, erhöhte sie also nicht wesentlich. Von 37 anderen Personen waren 122 600 Ml. gefordert worden, dieselben gaben sich aber schließlich mit 57 940 Ml. zufrieden. Das Gesamtergebnis stellte sich also auf 196 100 Ml. Forderung und 86 800 Ml. Bewilligung.

Bezugs-Erklärung eines Grassi-Museums beschloßen die Stadtvorordneten von Leipzig den Ankauf des am Königsplatz gelegenen Grundstücks Rupperts Hof zum Preise von 370 000 Ml. Einschließlich der alten Handelskule steht jetzt für diesen Museumsbau eine Fläche von 5500 qm zur Verfügung, mit 45 m Front am Königsplatz und 54 m Front in der Kramerstraße.

Localnachrichten.

Merseburg, des 21. October 1891.

Am Sonntag Nachmittag hielt der Bauernverein Merseburg im „Kwoll“ hier seine erste Winterversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Gustav Förster, Gröppau, begrüßte die Erschienenen und gab in kurzen Worten eine Uebersicht über die Resultate der diesjährigen Ernte, die, wie er betonte, nicht so sehr beachtlich wäre, da im Ganzen noch nicht eine Mittelernte erzielt worden sei. Einzelne Strecken hätten allerdings vorzügliche Erträge geerntet, doch bleibe in den Auen das Ertragsverhältniß zurück und dürfte dies jedenfalls für das Gesamtergebnis ausschlaggebend sein. Nachdem der Schriftführer das Protokoll der vorigen Sitzung verlesen, hielt Herr Dr. Hollerung aus Halle einen höchst instructiven Vortrag über die Nothwendigkeit und Nützlichkeit des Vorgehens gegen das auf unsern landwirtschaftlichen Kulturpflanzen sich vorfindende Unge-

diefer.“ Neben reich in seinen Ausführungen auf den mitunter recht bedeutenden Schaden hin, den der Landwirth durch Mäusefraß, den Ratten- oder Drahtwurm, Engerlinge und die Ne-matode erleidet, bezeichneter als Ursache des häufigeren Auftretens dieses Ungeziefers die jetzige intensive Wirthschaftsweise und die Abnahme der insektenfressenden Vögel und ermahnte eindringlich, dem Wachsthum der Pflanzen namentlich im Frühjahr mehr Aufmerksamkeit zu schenken, damit die Schädlinge rechtzeitig entdeckt und Maßregeln gegen dieselben ergriffen werden könnten. Die Aufzählung einer Reihe bewährter Mittel zur Bekämpfung resp. Vertilgung von Ungeziefer und der ebenso schädlichen Rote die dem in fließender Sprache gehaltenen Vortrage einen interessanten und lehrreichen Abschluß. Die sich anschließende Discussion förderte noch manches Wissenswertes auf diesem Gebiete zu Tage. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurden Generalien erledigt, aus denen wir folgende Punkte hervorheben: Die Centralankaufsstelle für landwirthschaftliche Maschinen zu Halle empfiehlt sich den Mitgliedern auch in diesem Jahre. — Zur Bekämpfung über die Bildung von Anlaufgenossenschaften wird der Vorstand des Centralvereins angebotenen Wanderlehrer zu einem Vortrage hierher kommen lassen. — Der Dienstbotenräumungsfrage soll die im vorigen Winter gewählte Commission jetzt näher treten, um dem Verein demnächst spezielle Vorlagen machen zu können. — Das Herbstvergnügen wird in hergebrachter Weise mit Theater, Concert und Ball abgehalten beschloßen. — Schließlich macht der Vorsitzende Mitteilung über die Vertheilung der zur Anschaffung von Simmenthaler Vieh dem Verein zugewiesenen 300 Mark Subvention und stellt aus weiterhin für beide Jure Unterstüzungen des Centralvereins in Aussicht. Gegen 6 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag haben in Meuschan mehrfach Schlägereien zwischen Krimbeschützern stattgefunden. Bei einem der letzten Zusammenstöße wurde der Fabrikarbeiter H. von drei morgens gegen 4 Uhr durch drei Messerhiebe, wovon zwei den Kopf und einer die Schulter getroffen, schwer verwundet. H. blutete so stark, daß die Spur von Meuschan bis zu der Wohnung des hiesigen Arztes, der den ersten Verband anlegte, noch gestern Vormittag verfolgt werden konnte. Wie wir hören, wird an dem Aufkommen des Verletzten, der verheirathet und Vater von 6 Kindern ist, gearbeitet.

Aus einem hiesigen Oathofe ver schwand Montag gegen Abend ein blauginer Sommerüberzieher. Es wird vermuthet, daß ein Dieb, der sich kurze Zeit davor selbst aufgehalten, den Diebstahl begangen und bald darauf mit seinem Raube die Stadt verlassen hat.

Die Jäger wird eine künzlich erlassene, aber noch wenig bekannte Verfügung der Verwaltung der preussischen Staatsbahnen interessieren. Es soll ihnen nämlich in Zukunft gestattet werden, daß sie ihre unentbehrlichen Jagdgehörten, ihre Hunde, auf Eisenbahnfahrten mit sich ins Coupée nehmen. Künftig waren Klagen darüber geführt worden, daß die oft verthollten Thiere in zu enge und überfüllte Hundegelasse gesperrt wurden. Dem Uebelstand soll nun abgeholfen werden. Freilich ist die Erlaubniß etwas eingeschränkt. Erstlich dürfen die Jäger mit ihrem Hunde nur Coupées dritter Klasse benutzen, welche nur für sie und etwa mitreisende andere Jäger reservirt werden. Dann gilt die Verfügung nur während der Jagdzeit und bei Unzulänglichkeit der im Zuge befindlichen Hundecoupees.

Unsere Wetterpropheten sind noch nicht einig, was für einen Winter wir bekommen werden. Das Halbdraut (Witka) gehört bekanntlich zu jenen Pflanzen, aus deren äußeren Formen naturkundliche Leute auf lange Zeit hinaus den Verlauf der Witterung, also jetzt für den nächsten Winter, vorher zu bestimmen pflegen; je länger die Blüthenähre der Witka ist, um so länger und strenger soll der kommende Winter werden. In diesem Herbst aber findet man die Witka ganz außerordentlich langährig, was auf einen langen Winter deuten würde. In dessen haben zunächst jedenfalls diejenigen Recht, welche die ausnahmsweise lange Aehre auf die große Kälte des diesjährigen Sommers zurückführen, in welchem diese Pflanze Ruhe that und sehr viel Stoff fand, um so lange Blüthentriebe auszubilden. Hoffentlich wird der kommende Winter nicht wieder so streng und lang wie der vergangene.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt. S. Querfurt, 16. Oct. Bei dem 13. Mitteldeutschen Bundesfesten in Erfurt haben sich, wie die nunmehr erfolgte endgültige Feststellung der

Preise ergeben, vom hiesigen Schützen-Club Ehrenpreise erungen die Herren Kaufmann Hermann Röhl und Gewerkschaftsleiter Max Engelmann. Die Preise sind dieser Tage vom Schießauschuß in Erfurt den eingegangenen, und zwar erhielten Herr Röhl den auf Festscheibe „Heimath“ von den Herren Cramer & Buchholz in Kaulsch und Mühlend gefestigten Ehrenpreis: „ein silberner, hochfein eiferner Zuckerkasten“, Herr Engelmann den auf Festscheibe „Deutschland“ von der privilegirten Schützengesellschaft in Chemnitz gefestigten Ehrenpreis: „6 Stück silberne Spißel in elegantem Etui“.

Schwurgericht zu Halle.

Am Montag stand vor den Schranken des Schwurgerichts als Angeklagter der Schuhwaarenhändler Gustav Adolf Kunkel aus Merseburg, 50 Jahre alt, bisher nicht bestraft. Die gegen ihn erhobene Beschuldigung legte ihm zur Last, am 29. Mai in betrügerischer Absicht gegen Feuer- und Diebstahlversicherung in Brand gesetzt und durch diese Handlung versucht zu haben, ein zur Wohnung von Menschen dienendes Gebäude in Brand zu setzen, Verbrechen gegen §§ 265 und 306, 43 Str.-G.-B. Seine vertheilten Gegenstände sind Schuhwaaren in des Angeklagten Niederlage im Hause Markt 7 zu Merseburg gewesen, wo an erwähntem Tage gegen 10 Uhr abends Feuer ausgebrochen war, das jedoch rasch gelöscht wurde, ohne daß es erheblichen Schaden verursacht hatte. Selbstsame Umstände und auffällige Aehnlichkeiten hatten alldah den Verdacht bezüglich der Thätigkeit auf den Angeklagten gelenkt. Der Angeklagte gab auf die an ihn gerichtete Frage die Erklärung ab: „Ich bin ganz unschuldig.“ Auf Vorhalt, daß damals in seiner Niederlage eine zugeordnete Pappschachtel mit einem brennenden, von Papierfäden umlagerten Lichte gefunden, gab der Angeklagte an, von diesem Funde erst auf der Polizei Kenntniß erhalten zu haben. Die betreffende Schachtel rührte nicht von ihm her. Es wurde dem Angeklagten vorgeschlagen, daß in seiner miffligen Vermögenslage der Anlaß zu erwähntem Verbrechen vermuthet wurde insofern, als er durch den Brandbisch in Falle des Gelingens eine hohe, den Werth seiner Schuhwaarenlager weit übersteigende Versicherungssumme erlangt haben würde, was er in Abred stellte. Ueber des Angeklagten Vermögensverhältniß ergab sich, daß jenes Hausgrundstück seiner Frau gehört und 1886 für 30 000 Ml. gekauft worden sei, aber mit ungefähr 35 000 Ml. Hypotheken be lastet ist. Die im Lager untergebrachten Schuhwaaren sind für 23 800 Ml. versichert gewesen, nach Kunkels Angabe für 19 200 Ml., was unter den Werthe gemessen sei, da seine Waaren im Jahr 1888—1889 abgehängt einen Werth von 24 000 Ml. gehabt hätten. Das Hausgrundstück war für 23 830 Ml. versichert, Kunkels Mobilien, Betten u. d. gl. für 3870 Mark, neuerdings aber für 8000 Ml., welchen ausfälligen Umlauf der Angeklagte durch die Angabe erklärte, das er zuerst sein Mobil unter dem Werthe abgehängt, später aber noch mehr angeschafft habe. Seine ungünstige Vermögenslage sollte aus daraus hervorgehen, daß e vielfach wegen kleiner Forderungen im Gesamtwertbe von 1428,80 Ml. hatte verklagt werden müssen und daß er einige Male Waaren durch die Gerichtsvollzieher hatte versteigern lassen, um Geld zu erlangen. Wie viel Waaren er zuletzt gehabt erklärte er nicht zu wissen; Bücher habe er nicht geführt und Rechnungen (Facturen) wären meist abhanden gekommen. Sein Geschäftsumsatz habe ungefähr 12 000 Ml. jährlich betragen, sein jährliches Verdienst etwa 4000 Ml. Bezüglich des Vorganges vom Abend des 29. Mai äußerte sich der Angeklagte dahin, daß er damals wie andere Abende nach Rein nachts Garknirchhaft gegangen sei, wo er Stro gepfeilt, Bier getrunken habe, wie gewöhnlich auch einmal weggegangen sei und aus der Expedition die „Merseb. Correspond.“ sich seine Zeitung geholt, woran er sich nach jener Garknirchhaft zurückbegeben habe. Zu vor sei er zum Schuhmachermeister Ditto gegangen, um denselben zum Spiel abzuholen, habe ihn aber nicht angetroffen. Aus dem Gasthaus habe er für zwei Vertheilten seiner Garknirch einmal nach Haus gegangen und sei dann wieder gekommen. Beim ersten Weggang von seiner Wohnung habe er die Niederlage verlassen. In Rein nachts Garknirchhaft sei ungefähr gegen 10 Uhr sein Sohn erschienen und habe ihm die Nachricht gebracht, daß es j. Hause brenne, worauf beide sogleich fortgegangen wären und beim Eintreffen im Hause bereits mehrere Leute beim Löschen angetroffen hätten. Aus der Bemerkung durch Berechnung von 15 Zeugen und einem Sachverständigen (außer 2 Zeugen, an deren Berechnung verzichtet worden) stellte sich folgender Sachverhalt heraus: Zimmermann Röbel

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Erscheinung: Dölgrube Nr. 5

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Heramtrager. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 208.

Mittwoch den 21. October.

1891.

* * * Max von Forckenbeck.

Wenige Tage nach dem Ehrentage Rudolf Virchow's ist es der freisinnigen Partei und der Stadt Berlin vergönnt, den 70. Geburtstag eines Anderen der ihnen gemeinsamen und bedeutenden Männer zu feiern. Forckenbeck's Wiege stand in Westfalen; er hat dann nacheinander in Schlesien, Ostpreußen, Westpreußen, wieder in Schlesien und zuletzt in der Reichshauptstadt gewirkt; er hat überall die guten Eigenschaften der betreffenden Landesheile auf sich einwirken lassen; aber die Evidenz seiner westfälischen Heimat, die Fähigkeit, Ueberzeugungstreue und Charakterfestigkeit haben ihm sein Lebenlang zur Herde gereicht. Im Forckenbeck's politischen Thätigkeit spiegelt sich, wie kaum in der eines anderen Lebens, die gesamte Geschichte des deutschen Liberalismus von den vierziger Jahren bis heute ab. Im Jahre 1847 zum jüngsten Richter am Stadtgericht zu Glogau ernannt, wurde er natürlich auch von der freiheitlichen Bewegung des Jahres 1848 ergriffen. Er wurde in diesem Jahre Vorgesänger des demokratisch-constitutionellen Vereines zu Breslau und im folgenden Jahre, nachdem die preussische Nationalversammlung aufgelöst worden war, Vorgesänger der liberalen Wahlgewinnung für Niederschlesien. Dem Ministerium Mantauessel war der junge liberale Richter unbehagen; es verlegte ihn als Rechtsanwalt nach Mohrungen in Ostpreußen. Aber das hat den Absichten des reactionären Ministeriums keinen Gewinn gebracht. Forckenbeck wurde hier im Verein mit Leopold von Hovebeck zum liberalen Hecht im ostpreussischen Kreisrecht. Im ostpreussischen Oberlande, in dem er wohnte, wurde er ein „Bauernkönig“, wie sein Landesmann Balduin in der westfälischen Heimat. In allen Nöthen und Anliegen wandten sich die Bauern an ihn, und im Jahre 1856 wurde er von ihnen als Vertreter des Wahlkreises Mohrungen-Br. Holland in das Abgeordnetenhaus gewählt. Hier trat er der liberalen Fraction Binde bei. Aber bald erkannte er, Hovebeck und einige entschlossene liberale Gesinnungsgenossen, daß die Fraction Binde zu weit in ihrer Nachgiebigkeit gegen die Regierung gebe und sie sonderten sich von ihren bisherigen Genossen ab; weil sie meist im Vorderen gewählt waren, wurden sie spöttlich die Fraction „Jung-Klauen“ genannt. Aber die Fraction „Jung-Klauen“ kam zu Ehren, aus ihr entwickelte sich die große Fraction der Fortschrittspartei der Constitution, in der Forckenbeck eine hervorragende Stellung einnahm. Er war u. a. Berichterstatter der Budget- und Militärcommission des Abgeordnetenhauses, hatte also gerade in den Hauptkritiktagen jener Tage eine sehr einfluß- und verantwortungsvolle Stellung. Er wollte nicht die Verschärfung des Militärconflicts, sondern dessen Ausgleichung. In seinen Amendements kam er den Militärreorganisationsplänen der Regierung weit entgegen, gegen das Zugeständnis der alten liberalen Forderung der zweijährigen Dienstzeit. Man glaubte schon nicht vor der Verhändigung zu sein, als der Ministerpräsident v. Bismarck, in dessen Interessen der Ausgleich nicht lag, König Wilhelm plötzlich gänzlich umzustimmen wußte. Der Conflict ging fort, nach jeder Auflösung kam die Fortschrittspartei mit verhärteter Majorität in das Abgeordnetenhaus. Bismarck fand dann in der schließlich holländischen Frage und im Kriege mit Desterreich einen Ausweg. Nach dem letzteren war Herr v. Forckenbeck einer der Begründer der nationalliberalen Partei, um das im Werden begriffene neue deutsche Reichswesen mit den erforderlichen Institutionen im liberalen Sinne auszubauen zu helfen. Als er aber sah, daß die Summe der Umgestaltungen der Masse des Volkes zu viel wurde, und daß darauf die Reaction neue Pläne baute, erhob er seinen bekannten Warnungsruf: „Zurück auf die Schanzen!“ Seine Bemerkungen haben sich leider bewahrheitet. — Mittlerweile war Forckenbeck als Rechtsanwalt von Mohrungen nach Götting übergeführt und 1867 zum

Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt. Im Jahre 1879 wurde er als Nachfolger Hohencamp's Oberbürgermeister von Breslau und dessen Vertreter im Herrenhause, als welcher er das Abgeordnetenmandat und dessen Präsidium niederlegen mußte. Im Jahre 1874 wurde er dann zum Präsidenten des Reichstages gewählt. Aber immer mehr war in dessen die Futh der Reaction angewachsen und im Mai 1879 legte Forckenbeck, damals schon an der Spitze der Berliner Communalverwaltung, auch das Präsidium des Reichstages nieder, nachdem dieser sich für die Beireidung erklärt hatte. Am 30. August des folgenden Jahres erklärten Herr von Forckenbeck und seine angeschlossen liberalen Gesinnungsgenossen ihren Austritt aus der national-liberalen Partei; sie waren mit Bismarck vorwärts gegangen, rückwärts wollten sie mit ihm nicht gehen. Und im Frühjahr 1884 vereinigte sich die damals entstehende „Liberale Vereinigung“ mit der Fortschrittspartei zur „Deutschfreisinnigen Partei“. — Herr von Forckenbeck hat als Präsident unserer Parlamente neben seiner großen Begabung vor allem seine über jeden Zweifel erhabene Unparteilichkeit und als Oberbürgermeister von Breslau und Berlin sein großes Verwaltungstalent bewiesen. Seine Parteigenossen schämen an ihm vor allem seine liberale Ueberzeugungstreue und Charakterfestigkeit, in der Entschiedenheit der Gesinnung und Mäßigung in der Form sich paart. Wo Herr v. Forckenbeck Stellung genommen hat, da kann jeder aufrichtig liberale Mann überzeugt sein, seine liberalen und seine nationalen Prinzipien gut gewählt zu wissen und zugleich vor überhandnehmender Himmelsfäule, wie vor charakterloser Beileugung liberaler Prinzipien gesichert zu sein.

Politische Ueberblick



aber hätte die französische Presse sich angenommen, als ob es eine französische Anleihe wäre. Rußland und der Welt sollte der Werth der Freundschaft der Frankreich vor Augen geführt werden. Und die Vorbereitungen der russischen Finanzen und der Creditfähigkeit des russischen Staates, als ob es für den kleinen Kapitalisten nicht Eiskreis gäbe als den Anlauf russischer Schuldverschreibungen. Da

nimmt sich ein Ergebnis, wie das jetzt gemeldet, nicht gar zu glänzend aus; denn ungewissheit ist es, daß nicht nur Herr Wilsing-Grabski um des Erfolges willen Hunderte von Millionen hat zeichnen lassen, sondern daß auch die Commissionshäuser aus demselben Grunde Hunderte von Millionen gezeichnet haben, zu deren Uebernahme sie schwerlich bereit sein werden. Was an dem Brillantfeuerwerk echt ist, wird sich bald zeigen, wenn das mühsame Geschäft der „Kassierung“ der neuen Anleihe beginnt. Es wird zwar versichert, daß schon die kleinen Zeichnungen den geforderten Betrag weit übersteigen; aber damit stimmt es nicht zusammen, daß die neue Anleihe auch gestern wieder an der Pariser Börse erheblich unter dem Zeichnungscurs gehandelt wurde. Es wird wohl seine Schwierigkeiten haben, für die neuen Schuldmittel ein festes und dauerndes Unterkommen in Frankreich zu finden.

Die Volksabstimmung in der Schweiz am Sonntag hat sich mit großer Mehrheit, entsprechend den Beschüssen der Volkvertretung, für die Einführung des Banknotenmonopols entschieden und auch mit anscheinlicher Mehrheit den neuen erhöhten Zolltarifentwurf angenommen. Derselbe ist bekanntlich dazu bestimmt, als Grundlage zu dienen für die Handelsvertragsverhandlungen. Es wurde der Zolltarif mit 211 781 gegen 146 820 Stimmen angenommen, das Banknotenmonopol mit 213 264 gegen 128 320 Stimmen und mit 15 gegen 7 Stimmen der Städte.

Der Gedanken einer französisch-spanischen Allianz weisen die spanischen Blätter in einer Polemik gegen den jüngsten Beschluß der französischen Regierung, den bisher auf die spanischen Weine angewandten Frachttarif nicht zu verlängern, mit anerkenntnisertheut Deutlichkeit zurück. Sie erblicken in der Maßnahme Frankreichs lediglich ein diplomatisches Manöver, um auf Spanien den Einwilligung zu einem solchen Bündnis einzuwirken. Aber „Imparcial“ wie „Epoca“ sind der Meinung, daß dies Frankreich nicht gelingen werde und fordern in Uebereinstimmung mit den meisten anderen Blättern Protesten gegen den französischen Markt.

Zur italienisch-russischen Ministerzuaussetzung erhält die Wiener „Pol. Corr.“ eine Berliner offiziöse Zuschrift, welche gegen die Annahme Verwahrung einlegt, als ob man in Berlin Grund und Veranlassung habe, irgendwelche Befürchtung des Dreibundes zu befürchten, und im Gegentheil betont, daß die Begegnung der beiden Minister hier vorher bekannt gewesen ist und keine jeglichen Argwohn gesehen worden, da sich der Paraphrase di Rudini zu jeder Zeit als ein treuer und zuverlässiger Freund der Dreibundspolitik bezeugen hat. Ja, man sei sogar der Begegnung in Mailand mit Freude und Genugthuung gefolgt, da ja schon an und für sich der direkte mündliche Gedankenaustausch zweier so hervorragender Staatsmänner stets im hohen Grade geeignet erscheint, zu einer Klärung der Beziehungen zwischen den Staaten, deren auswärtige Politik sie vertreten, beizutragen und etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen. In einer Polemik gegen die „Novoje Vremja“ spricht der Brief weiterhin bezüglich der Neereingenfrage die Wahrscheinlichkeit aus, daß, ebenso wie England, Italien und Frankreich, auch der deutsche Vorkämpfer, wenn er sich zu Neuerungen veranlaßt findet, sich in dem Sinne äußern werde, daß man Akt davon nehme, daß die Worte Rußland kein mit den Beträgen nicht in Einklang stehendes Privilegium gewährt habe, sondern daß etwaige Zugeständnisse als gleichmäßig allen Mächten gemacht angesehen werden. — Eine anscheinend offiziöse Note des „Temp“ glebt der Aufschauung der französischen Regierungskreise dahin Ausdruck, daß die Reise des Ministers v. Giers nach Italien ausschließlich aus Gesandtschaftsrechtlichen unternehmen sei. Giers habe keinerlei offizielle Mission gehabt. Der Besuch in Rom sei nur ein Gehot der